

Vetter, Heinz Oskar

Article — Digitized Version

Gewerkschaften vor neuen Problemen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Vetter, Heinz Oskar (1970) : Gewerkschaften vor neuen Problemen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 1, pp. 35-41

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134064>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gewerkschaften vor neuen Problemen

Heinz Oskar Vetter, Düsseldorf

Der Wandel der Weltwirtschaft und die veränderten Größenordnungen, in denen sich unser politisch-wirtschaftliches Leben vollzieht, stellen auch die Gewerkschaften vor neue Probleme. Sie werden, wenn sie nicht in ihrer Substanz verkümmern wollen, mehr und mehr gezwungen, sich mit über- und internationalen Entwicklungsvorgängen zu beschäftigen – oder anders gesagt: die Herausforderungen, die sich im Zuge des weltweiten Wandlungsprozesses stellen, in ihren Aufgabenkreis einzubeziehen. Sonst besteht die Gefahr – und das beschäftigt heute alle freien Gewerkschaften, unabhängig von ihrer politisch-ideologischen Position –, daß die Arbeitnehmer in das Räderwerk einer unkontrollierten Entwicklung geraten und mit sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen konfrontiert werden, denen sie als einzelne oder unorganisierte Gruppen schutzlos ausgeliefert sind. Das zu verhindern und den weltweiten Integrationsprozeß zu beeinflussen und sozial zu bändigen, ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei vorweg deutlich gesagt, daß der Vorgang der weltwirtschaftlichen Integration nicht auf die Entwicklung im Rahmen der EWG beschränkt ist. Es ist sicherlich richtig, daß sich in diesem Bereich ganz besondere Probleme stellen – darauf wird noch einzugehen sein. Ebenso wichtig erscheint mir jedoch die wachsende Verflechtung mit den übrigen Industrienationen und den Entwicklungsländern. Auch die Entwicklung in unseren östlichen Nachbarländern sollte man in die Überlegungen, die heute an vielen Stellen angestellt werden, gleichrangig einbeziehen. Wir als Gewerkschaften sind stärker als in der Vergangenheit aufgefordert, die internationalen Wirtschafts- und Sozialpro-

bleme ohne Rücksicht auf ideologische Meinungsverschiedenheiten anzugehen.

Zunehmende Konzentration

Wenn man von diesem Selbstverständnis und Auftrag der Gewerkschaften ausgeht und sie als politisch-soziale Gestaltungskraft anerkennt, erscheint es geboten, vor allem auf zwei Entwicklungstatbestände hinzuweisen, die sich im Rahmen des weltweiten Wandlungs- und Integrationsprozesses stellen.

Seit dem Zweiten Weltkrieg erleben wir eine sprunghafte Integration der Produktion auf Unternehmensebene, die überkommene nationale Unternehmens- und Konzentrationsstrukturen zu sprengen beginnt. In den letzten Jahren hat sich diese Entwicklung beschleunigt. Es besteht aller Anlaß davon auszugehen, daß sich dieser Prozeß in Zukunft verstärken wird. Nach einem Sachverständigenbericht des Unterausschusses für Außenwirtschaftspolitik im amerikanischen Repräsentantenhaus ist damit zu rechnen, daß bei anhaltender weltwirtschaftlicher Integration in absehbarer Zeit einhundert multinationale Gesellschaften zwei Drittel des Produktionsapparates der Welt kontrollieren werden. Es wäre müßig, diese Entwicklung zu beklagen oder sie durch überkommene Schutzmaßnahmen aufhalten zu wollen. Wer für die Ausweitung der Märkte, für eine weltweite Arbeitsteilung und für ein Höchstmaß an Zusammenarbeit im Weltmaßstab eintritt, wie das die deutschen Gewerkschaften aus ihrem Selbstverständnis heraus immer getan haben, wird den Weg, diese Entwicklung durch national-restriktive Maßnahmen abzubremsen, ablehnen müssen.

Die Gewerkschaften wenden sich jedoch entschieden dagegen, daß sich diese Entwicklung unkontrolliert und nur als internationale Kapitalverflechtung vollzieht. Wir sehen sehr deutlich, daß im Zuge dieser Unternehmensverflechtungen bestehende wirtschaftliche, soziale, rechtliche und politische Beziehungen und Ordnungsformen erschüttert werden. Die internationale Unternehmenskonzentration und die damit verbundene grenzüberschreitende Machtkonzentration stellen die Gewerkschaften infolgedessen vor neue Probleme. Wenn wir heute eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte in den Unternehmen fordern, so geht es unter anderem auch darum, diese Entwicklung, die sich zur Zeit unkontrolliert vollzieht, das heißt ohne Rücksicht auf die Beschäftigten in diesen Bereichen, durch eine sozialverpflichtete und planmäßige Gestaltung zu beeinflussen. Niemand denkt dabei an wirtschaftspolitisch unsinnige Fusionswiderstände. Aber über eine Frage lassen wir mit uns nicht handeln. Die Arbeitnehmer haben ein Recht darauf – und davon werden die Gewerkschaften keine Abstriche zulassen –, daß die Motive, Formen und sozialen Auswirkungen multinationaler Unternehmensverbindungen untersucht und daß durch die ständige Präsenz von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsorganen der Unternehmen tiefgreifende soziale Erschütterungen vermieden werden. Wer es in diesem Lande ernst meint mit der Demokratisierung, kann seine Augen vor diesem Problem nicht verschließen. Die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften ist für den DGB ein unverzichtbares Ordnungselement jeder demokratischen Gesellschaft. Erfreulicherweise befinden wir uns mit diesem Grundanliegen in weitgehender Übereinstimmung mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Nachteile multinationaler Unternehmen

In einer Resolution des 9. Weltkongresses des IBFG vom 2.-8. Juli 1969 wird unmißverständlich erklärt:

„Multinationale Gesellschaften sind Weltunternehmen mit massiver wirtschaftlicher und finanzieller Stärke, die sich durch eine Tätigkeit im weltweiten Rahmen jeder Form einer demokratischen Kontrolle entziehen. Die multinationalen Gesellschaften sind für die internationale freie Gewerkschaftsbewegung eine neue Herausforderung, denn:

- sie beeinträchtigen die demokratische nationale Entwicklungsplanung, mit der eine volle Nutzung des wirtschaftlichen und sozialen Potentials der betreffenden Länder angestrebt wird;
- sie übertragen willkürlich Produktionsanlagen und Forschungszentren von einem Lande zum

anderen, ohne Rücksicht auf eine ausgeglichene globale und regionale Entwicklung;

- sie entziehen sich der Besteuerung durch interne Überweisungen zu künstlichen Preisen zwischen Tochtergesellschaften der gleichen Gruppe und entziehen sich ebenso den in gewissen Ländern auferlegten Einschränkungen für Produktions- und Ausfuhrmöglichkeiten, die sich auf die Zahlungsbilanz auswirken;
- mit Hilfe von Steuernachlässen, öffentlichen Finanzierungen und anderen Konzessionen lösen sie einen Wettbewerb unter den Aufnahmeländern für sie aus.

Die multinationalen Gesellschaften stellen die Arbeitnehmer aus verschiedenen Teilen der Welt und unterschiedlichen Industriezweigen unter den gleichen Arbeitgeber. Durch die Zusammenfassung entscheidender wirtschaftlicher und finanzieller Beschlüsse in ihren internationalen Sitzen und durch die Aufstellung einer weltweiten Beschäftigungspolitik und einer ebenso weltweiten Politik der Sozialbeziehungen könnten sie:

- die bestehenden Systeme der Sozialbeziehungen untergraben;
- das Recht der Arbeitnehmer auf Zusammenschluß zur Verteidigung ihrer Interessen einschränken, ein Recht, das ihnen oft als Bestandteil einer bewußt gewerkschaftsfeindlichen Politik verweigert wurde,
- ihr Recht auf Einleitung koordinierter Kollektivverhandlungen auf dem jeweils geeigneten Niveau einschränken,
- das internationale Gefälle der Arbeitskosten zur Steigerung der Profite ausnutzen.“

Gewerkschaften und EWG

Ein wichtiges Problem, das zum Teil mit dem eben behandelten Fragenkomplex zusammenhängt, stellt sich im Rahmen der EWG. Gleichgültig, wie man die Entwicklungschancen dieses politisch-wirtschaftlichen Integrationsversuches einschätzt, eines läßt sich nicht leugnen: Von der EWG sind erhebliche Entwicklungsimpulse ausgegangen. Immerhin hat sich trotz aller Schwierigkeiten in diesem Wirtschaftsraum ein relativ freier Markt entwickelt. Die Handelsbeziehungen haben, trotz aller nationaler Beschränkungen, die bestehen geblieben sind oder wieder eingeführt wurden, einen Umfang und eine Intensität erreicht, die weit über den Handelsaustausch in anderen Wirtschaftsräumen, die sich auf den Rahmen einer technischen Zollunion beschränkt haben, hinausgehen.

Die europäischen Gewerkschaften bedauern die gegenwärtige Entwicklung; sie sind, auch was ihre eigene Aktivität im EWG-Raum angeht, kei-

neswegs mit dem Erreichten zufrieden. Das gilt nicht nur für die wirtschaftliche Bilanz der Gemeinschaft, sondern vor allem für die soziale und politische Entwicklung. Die europäischen Gewerkschaften haben sich zwar mit eigenen Vorstellungen und Initiativen in den schwierigen Integrationsprozeß eingeschaltet. Bisher ist es jedoch nicht gelungen, ihre Konzeption eines geeinten Europa zu verwirklichen. Das soll nicht gelegnet werden. Aber ebensowenig kann bestritten werden, daß sie in Brüssel und in anderen Gremien Ansätze für eine Zusammenarbeit entwickelt haben, die es weiter auszubauen gilt.

Selbst wenn für die nächste Zeit die EWG den Status einer – das sei zugegeben – unvollkommenen Zollunion beibehält, werden die Gewerkschaften viel Kraft und Phantasie entwickeln müssen, ihre Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu verstärken. Dabei geht es nicht nur um den Ausbau ihrer Position und die Verstärkung ihres Einflusses auf die Organe der Gemeinschaft. Ebenso wichtig ist es zur Zeit, daß neue Formen der Zusammenarbeit im europäischen Rahmen entwickelt werden. Denn viele Probleme, die sich aus der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung in Europa ergeben, lassen sich in Zukunft nur auf der Grundlage gesamteuropäischer Rahmenvorstellungen lösen. Das gilt für alle Bereiche gewerkschaftlicher Tätigkeit. Für den Bereich der Betriebs- und Unternehmenspolitik ebenso wie für die Tarifpolitik und die Einflußnahme im Rahmen der Wirtschafts- und Währungspolitik.

Integration als Aufgabe

Die internationale Verflechtung wirkt sich heute auf allen Ebenen aus. Gewerkschaften, die diesen Wandel nicht rechtzeitig begreifen und sich auf den nationalen Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik begrenzen, werden den Anschluß an die Entwicklung verlieren. Aus diesem Grunde sind wir bemüht, unsere internationalen Kontakte zu vertiefen. Und deshalb setzen wir uns so entschieden dafür ein, die EWG weiter auszubauen; das gilt auch für den Beitritt weiterer Länder. Wir versprechen uns davon, daß der Zusammenhalt und die Dynamik in einer erweiterten Gemeinschaft verstärkt werden. Für die Gewerkschaften – und das gilt nicht nur für die deutschen Gewerkschaften – ist die Fortsetzung der europäischen Integration ein geschichtliches Gebot und eine wirtschaftlich-soziale Notwendigkeit. Denn sie ist

die einzige Möglichkeit, den Lebensstandard in Europa weiter zu steigern und darüber hinaus eine qualitative Wandlung der Lebensweise der Europäer einzuleiten sowie ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten,

die einzige Chance, der relativen Unterentwicklung Europas zu entgehen: Nur wenn es gelingt, unsere Hilfsmittel und unser menschliches, technisches und wirtschaftliches Potential zu vereinigen, können wir hoffen, unsere politischen Verpflichtungen zu erfüllen,

eine grundlegende Voraussetzung für die Erfüllung unserer weltwirtschaftlichen Verpflichtung, vornehmlich gegenüber den Entwicklungsländern.

Frage der Mitbestimmung

Aber auch im Zusammenhang mit der gegenwärtigen EWG-Konstruktion stellt sich die Mitbestimmungsfrage. Auf allen Ebenen der EWG-Politik werden heute Entscheidungen vorbereitet, ohne daß die Arbeitnehmer dabei angemessen vertreten sind. Für den entscheidenden Bereich der europäischen Großunternehmen, die sich allmählich zu formieren beginnen, gibt es bis heute keine einheitliche gesetzliche Lösung. Die „Europäische Handelsgesellschaft“ hat zwar viele Organe beschäftigt. Ein verbindliches Ergebnis liegt jedoch bislang nicht vor. Wir werden diese Aufgabe in Zukunft mit Vorrang behandeln, mit dem Ziel, ein einheitliches Modell für die Vertretung der Arbeitnehmer in den Organen der Großunternehmen zu entwickeln. Weder das prinzipielle Nein der Unternehmer noch die „differenzierten Vorschläge“ von Regierungsstellen werden uns davon abhalten.

Die zukünftige Politik...

Wenn die Gewerkschaften die Integration bejahen, so sind sie aber nicht bereit, diese Entwicklung gleichsam als Schicksal hinzunehmen. Angesichts der mit der internationalen Verflechtung verbundenen wirtschaftlichen, sozialen und administrativen Verschiebungen und angesichts der Herausforderungen, die die Integration für die Anpassung der Sozialstrukturen und der Zuständigkeiten im Bereich der Arbeitnehmer-/Arbeitgeberbeziehungen, aber auch im Verhältnis zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Instanzen bedeutet, ist es logisch und zwangsläufig, daß sich die Gewerkschaften um Einflußpositionen bemühen, die es ihnen gestatten, die Arbeitnehmerinteressen auch unter den veränderten Bedingungen wirkungsvoll zu vertreten. Es ist hier nicht möglich, auf alle Initiativen, Vorstellungen und Ansätze für eine solche Politik einzugehen. Erfreulich ist, daß, trotz aller in der internationalen Gewerkschaftsbewegung zweifellos vorhandenen Meinungsverschiedenheiten im einzelnen, Übereinstimmung über eine Reihe von Aktivitäten besteht.

In einer wachsenden Anzahl von Industriezweigen, darunter befinden sich der Kraftfahrzeugbau, die Landmaschinenproduktion, die chemische Indu-

strie, Fluggesellschaften, die Elektronik usw., gibt es ständige Kontakte. Soweit es notwendig war, sind mittlerweile nationale gewerkschaftliche Strukturen geschaffen worden, die eine wirkungsvolle Interessenvertretung der Arbeitnehmer ermöglichen. Die Ziele und Strategien kommen am deutlichsten in dem Aktionsprogramm der Weltautomobilräte des Internationalen Metallarbeiter-Bundes vom 3. 6. 1966 zum Ausdruck. In diesem internationalen Programm werden folgende Forderungen aufgestellt:

... in Kurzfassung

- „Vorbehaltlose Anerkennung des Rechts auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß, auf Einleitung kollektiver Verhandlungen über Löhne, Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen und bei Beschwerden Bemühungen um eine Lösung auf dem Verhandlungswege;
- Harmonisierung der Fortschritte in den Lohnzahlungen und den sozialen Leistungen bis zur äußerst möglichen Grenze entsprechend der technischen Entwicklung der Industrie eines jeden Landes;

- Vermenschlichung der Industriearbeit durch sofortige Schaffung ausreichender bezahlter Ruhezeiten und Ruhepausen;
- Abschaffung der überhöhten Überstunden und Garantie ausreichender Lohnzuschläge für eine als berechtigt anzusehende zusätzliche Arbeitsleistung;
- Weltweite Anwendung des Grundsatzes eines Urlaubsgeldes, wie es von den drei großen Kraftfahrzeugbau-Unternehmen in gewissen Ländern bereits gewährt wird;
- Gewährung ausreichender Altersrenten, um den für eine Arbeitsleistung zu alten, aber zum Sterben zu jungen Arbeitnehmern Würde und Sicherheit zu gewährleisten;
- Einführung eines garantierten Lohnes für Arbeitnehmer, die von Produktionsschwankungen oder technischen Veränderungen betroffen werden;
- Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, Gewährung zusätzlicher bezahlter Feiertage, Verlängerung des Urlaubs und Vorziehung der Altersgrenze angesichts des technischen Fortschritts und der fortschreitenden Entmenschlichung der Industriearbeit.“

Ähnliche Initiativen gibt es bei den freien Gewerkschaften in der EWG. Dabei geht es vor allem um die Schaffung eines europäischen Tarifrechts und die Entwicklung von Rahmennormen für die Tarifpolitik. Damit soll der zentralisierten Macht der internationalen Kapitalgesellschaften, die als übernationale marktbeherrschende Unternehmen auftreten, ein Gegengewicht entgegengestellt werden. Dabei bestehen allerdings immer noch große Schwierigkeiten. Denn es ist bisher nicht gelungen, in allen Ländern Gewerkschaftsstrukturen zu schaffen, die sowohl international als auch überberuflich ihr Gewicht einsetzen können.

Auf diesem Gebiet haben die deutschen Gewerkschaften einen Vorsprung und damit eine Aufgabe.

Austragungen auf internationaler Ebene

Wenn man die Probleme zusammenfaßt, die sich den Gewerkschaften bei wachsender Integration stellen, so sind es vor allem die folgenden:

- In dem Umfange, wie Unternehmen entstehen, die ihre Produktion übernational und übersektoral organisieren und dabei ihre Tätigkeitsbereiche je nach der steuer- und wettbewerbsrechtlichen Lage verändern, müssen und werden die Gewerkschaften sich um eine Ausweitung der Mitbestimmung bemühen. Das gilt nicht nur für die Mitbestimmung im Unternehmen selbst. Gleich

**Wir empfehlen uns
für die Lieferung von**

**Export-
und
Proviant-Bieren**

— tropenfest — klimasicher —

**ELBSCHLOSS-BRAUEREI
HAMBURG**

wichtig ist unter diesen Bedingungen die Mitbestimmung in der Wirtschaftspolitik; denn im Rahmen der sektoralen und regionalen Strukturpolitik werden in Zukunft Standort- und damit Beschäftigungsfragen entschieden, die große Teile der Arbeitnehmer unmittelbar berühren.

□ Aber auch die Lohn- und Gehaltspolitik der großen Gesellschaften verdient besondere Aufmerksamkeit. Die Gewerkschaften werden mit zunehmender Konzentration der Produktion über die Grenzen hinweg neue Wege und Mittel für eine Koordinierung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik entwickeln. Die freien Gewerkschaften in den Europäischen Gemeinschaften haben auf einer Sitzung vom 23. bis 25. 4. 1969 dazu in einem einstimmigen Beschluß folgende drei Forderungen aufgestellt: „(1) Verbesserter Informationsaustausch über die Vorhaben der Gewerkschaften, deren Beweggründe, die eigentliche Aktion und deren Ergebnisse im Bereich der gesamten Lohn- und Tarifpolitik; (2) gemeinsame Ausarbeitung

der Konzeptionen und Standpunkte und (3) Festsetzung der Schwerpunkte unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lage in den einzelnen Ländern und Wirtschaftszweigen.“

□ Da die Tarifpolitik immer stärker durch wirtschafts-, sozial- und finanzpolitische Maßnahmen des Staates in ihren Spielräumen begrenzt wird, ist es für die Gewerkschaften unvermeidlich, daß sie auch in diesem Bereich ihre Vorstellungen deutlicher zum Ausdruck bringen als in der Vergangenheit. Allerdings dürfen sie sich hierbei nicht auf die nationalen Entwicklungsprogramme beschränken. Wenn sie wirkungsvollen Einfluß auf die Ordnung, die Struktur und den Ablauf in Wirtschaft und Gesellschaft nehmen wollen, müssen sie auch auf internationaler Ebene aktiv werden. Auf diesem Wege sind noch eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden. Wir sind jedoch guten Mutes, daß es gelingt, zu einer engeren internationalen Zusammenarbeit zu kommen – im Auftrage und im Dienste der Arbeitnehmer.

Zur Harmonisierung der Finanzpolitik in der EWG

Dr. Eberhard Thiel, Hamburg

Die nach 12jähriger Laufzeit der EWG noch immer aktuelle Diskussion über den Beitritt neuer Mitglieder und die Finanzierung der Gemeinschaft – insbesondere der Agrarpolitik – scheint symbolisch zu sein. Denn es stellt sich am Ende der Übergangsphase die generelle Frage, ob die Errungenschaften der Zollunion eine Endstufe der Integration sein sollen oder können und ob es eine Chance gibt, die in den Römischen Verträgen angestrebte Wirtschaftsgemeinschaft – in der die Staatsgrenzen jegliche ökonomische Bedeutung verloren haben – tatsächlich zu realisieren?

Unvollkommene Zollunion

Die Landwirtschaft dürfte im Augenblick die Verwirklichung einer Zollunion am stärksten hemmen. Weniger wegen ihres zu geringen Outputs als wegen der bisher mangelhaften Orientierung der Agrarpolitik an einer für die gesamte EWG optimalen Faktorallokation. Für die bisher nicht be-

friedigende Einordnung dieses Sektors in die Zollunion dürfte die Interferenz des eigentlichen handels- und wachstumspolitischen Ziels mit den in den einzelnen Staaten in unterschiedlichem Umfang und Struktur verfolgten sozial- und gesellschaftspolitischen Motiven verantwortlich zu machen sein.

Es ist offensichtlich, daß in Zeiten einer struktur- und prozedurdominierenden Staatsaktivität eine Zollunion niemals die Endstufe einer Integration sein kann, sondern nur simultan mit einer Harmonisierung der Wirtschaftspolitik von einigem Wert ist. Bei der Diskussion über die Aufnahme neuer Mitglieder zeigt sich dieses Problem deutlicher als bei der im Vertrag vorgezeichneten Entwicklung der Zollunion. Bei deren Realisierung wurde eine Reihe von Fragenkomplexen ausgeklammert, um die Erreichung der jeweils höheren Stufe nicht zu gefährden und um dennoch Teilaspekte nationalstaatlich behandeln zu können. Die Auf-